Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige. Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1409

Nr 282 — Freitag, den 2. Dezember 1932 — 27. Jahrgang

Heute voraussichtlich:

Ernennung Schleichers zum Kanzler

Ein Uebergangskabinett Schleicher zu erwarten — Hitler blieb in Weimar — Endlich Schluß mit der Krise?

Die Entwicklung der Situation

Berlin, 30. Nov. In Berlin wollte man heute abend wissen, daß die Geister in der Weimarer Besprechung ziemlich scharf aufeinandergeprallt seien und daß der ursprünglich noch für heute erwartete Besuch Hitlers deshalb nicht stattgefunden hat, weil die Situation innerhalb der Führung der NSDAP. noch nicht geklärt war. In der Wilhelmstraße wurde die Lage in den Abendstunden dahin gekennzeichnet, daß noch keine Anzeichen dafür vorliegen, daß Hitler morgen nicht kommen werde.

Während der Weimarer Konferenz ist die Entwicklung aber auch in Berlin weitergegangen. Sie ist bis zu der jetzt ziemlich allgemeinen Auffassung gediehen, daß nun morgen unter allen Umständen eine Entscheidung fallen muß, damit das Krisenspiel dieser Tage, das weiten Kreisen des Volkes immer unklarer wird, endlich aufhört. So erwartet man denn für den Donnerstag die Entscheidung des Reichspräsidenten auch dann, wenn Hitler nicht kommen sollte, und zwar hat sich in den letzten 24 Stunden, was die Kanzlerschaft anbelangt, auch in der Personenfrage ein starker Wandel vollzogen. Man rechnet jetzt damit, daß der Reichspräsident den General **von Schleicher** ernennen wird. In politischen Kreisen wurde heute abend behauptet, daß einer Wiederbetrauung des Reichskanzlers von Papen auch aus Kreisen seines eigenen Kabinetts Schwierigkeiten erwachsen würden. Es liegt auf der Hand, daß diese Darstellungen sich im einzelnen nicht nachprüfen lassen. Sie sind aber trotzdem bezeichnend für die Stimmung, die heute abend allgemein war. Man geht sogar schon so weit, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, in welcher Weise General von Schleicher als Reichskanzler vorgehen wird. Es gibt darüber zwei Versionen: die eine Richtung geht dahin, daß Herr von Schleicher sich vor den Reichstag stellen und sich von ihm stürzen lassen werde. Dann werde sein Kabinett geschäftsführend im Amte bleiben. Die Krise werde über Weihnachten vertagt und schließlich zur Neuwahl Ende März führen. Die andere Auffassung rechnet damit, daß General von Schleicher alle für die nächste Zeit notwendigen Maßnahmen bereits bis zum 6. Dezember ergreifen dürfte. Das würde dem entsprechen, was über die Ansichten Schleichers, recht einleuchtend, schon früher bekannt geworden ist.

Alles das ist aber vorläufig nur Kombination, die wir nur verzeichnen, um einen Eindruck von der heute abend in der Reichshauptstadt vorherrschenden Stimmung zu vermitteln. Sicher ist daran, daß die maßgebenden Kreise zu der Ansicht gelangt sind, daß sich die Krise jetzt nicht mehr hin- und herzerren läßt, daß am Donnerstag die Entscheidung des Reichspräsidenten fallen muß und daß die allergrößte Wahrscheinlichkeit dabei für die Ernennung des Generals von Schleicher zum Reichskanzler spricht.

Hitlers Besprechungen in Weimar

Weimar, 30. Nov. Im Laufe des Mittwoch fanden in Weimar Besprechungen Adolf Hitlers mit seinen engsten Parteifreunden statt. Dr. Frick, Gregor Straßer, Hauptmann Goering, die gegen mittag in Weimar eintrafen, und Dr. Goebbels, der bereits seit Dienstag in Weimar weilt, nahmen daran teil. Ueber das Programm für die nächsten Tage wurde mitgeteilt, daß Adolf Hitler am 1. Dezember in zwei Wahlversammlungen in Greiz und Altenburg sprechen wird. Am 2. Dezember finden zwei Versammlungen in Gotha und Jena statt, wo Hitler sprechen wird. Am 3. Dezember will er in Eisfeld und Sonneberg reden.

„Keine Uebergangslösung"

Schmidt (Hannover) zur Regierungskrise

Berlin, 30. Nov. Die Berliner Nachtausgabe veröffentlicht ein Interview des deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover. Darin wird u. a. ausgeführt: Je zielklarer die Regierung Papen an der Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen arbeitete, je einheitlicher und sozialer sie ihre Wirtschaftspolitik führte, je folgerichtiger sie an der antiparlamentarischen Linie festhielt, um so mehr mußte sich ihre Vertrauensbasis im Volke festigen, im Volke, das nicht mit Reichstagsmehrheiten gleichzusetzen ist. Die propagandistische Vertretung der Regierung trug diesen Erfordernissen, besonders in den verflossenen Wahlwochen, nur unvollkommen Rechnung. Das Prestige der Regierung hat schwere Einbuße erlitten und die Gefahr zieht herauf, daß der verbitterte Staatsbürger zugleich seinem Reichspräsidenten entfremdet wird. Das soll und darf nicht sein! Es darf nicht sein, daß die Reichswehr irgendwie in den Wirbel der politischen Kämpfe hineingerissen wird. Es darf auch nicht der Anschein entstehen, als arbeiteten Kanzler und Wehrminister gegeneinander.

Abg. Schmidt-Hannover schließt seine Erklärung: Wer wie wir in betonter Zurückhaltung, aber mit wachsender Sorge die Entwicklung der Regierungskrise verfolgte, hat das Recht und die Pflicht, heute zu rufen: Schluß mit dieser Krise! Schluß mit dem Schaukelspiel Papen oder Schleicher! Eine Fortsetzung dieses Spieles wäre um so bedenklicher, wenn das Ergebnis nur in einer „Uebergangslösung" bestände. Das Gebot der Stunde ist die Bildung einer krisenfesten Regierung mit klarem, einheitlichem Wirtschaftsplan. Hinter oder neben ihr wird sich die verkämpfte nationale Bewegung neu formieren.

Die Lage bei der Reichsbahn

Berlin, 30. Nov. Vom 28. bis 30. November tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. In den Beratungen über das Finanzergebnis wurde festgestellt, daß sich in den verflossenen zehn Monaten des Jahres 1932 der Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr auf 26,6 Prozent, gegenüber dem Jahre 1929 auf 46,5 Prozent beläuft. Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben bisher gegenüber 1931 um 22,1 Prozent gegenüber 1929 um 36,5 Prozent zurück. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber 1931 um 27,7 Prozent, gegenüber 1929 um 51,2 Prozent zurückgeblieben. Die Finanzierung der gesamten für die Arbeitsbeschaffung vorgesehenen 280 Millionen RM. ist nunmehr gesichert. Der Verwaltungsrat verfügte, nachdem er in der Septembersitzung über die Verwendung der 180 Mill. RM. Beschluß gefaßt hatte, nunmehr auch über die Verteilung der noch restlichen 100 Mill. RM. Sie werden für Oberbau, sonstige bauliche Anlagen, für Fahrzeuge, Maschinen, sowie für Neubauten verwendet.

Zum Kapitel Kleinstaaterei

Welche grotesken Formen allmählich die Kleinstaaterei annehmen kann, zeigt der „Landesteil Birkenfeld" des Freistaates Oldenburg. Die ehedem aufgestellten Städte Idar und Oberstein sind durch die gewaltigen, auf die Gemeinden abgewälzten Wohlfahrtslasten nicht mehr in der Lage, ihre Beamten und Lehrer zu bezahlen. Seit zwei Monaten steht die Gehaltszahlung z. B. in Idar aus, trotzdem der nationalsozialistisch regierte Freistaat Oldenburg schon seit geraumer Zeit bei den Gehaltszahlungen das sogen. „Rollsystem" in Anwendung bringt und seinen Beamten außerdem eine starke Sonderkürzung der Gehälter auferlegt hat. Auf die ausführliche Darlegung der Verhältnisse beim Oldenburger Staatsministerium erfolgt die Antwort: Der Staat konn nicht helfen! Die Regierung des rund 50 000 Einwohner „starken" Ländchens Birkenfeld, das zudem noch mit eigener Finanzhoheit bedacht ist, schließt sich dem Staat Oldenburg an. Zwei einst blühende Gemeinwesen gehen zugrunde, weil der Staat Oldenburg der — zur Illustration! — auch einen Hilferuf für seine notleidende Landwirtschaft und das Handwerk an den Reichspräsidenten gerichtet hat, nicht helfen kann. Da muß man sich doch fragen, welche Berechtigung hat ein solch kleines Land noch, das sich in dieser Zeit eine selbständige teuere Verwaltung einer 600 Kilometer von ihm entfernt liegenden Exklave leistet.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im November 1932

Berlin, 30. Nov. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") ist im Durchschnitt des Monats November 1932 um 0,2 v. H. auf 118,8 (gegenüber 119,0 im Vormonat) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexziffern für Ernährung um 0,1 v. H. auf 109,5, Wohnung um 0,2 v. H. auf 121,4, Bekleidung um 0,6 v. H. auf 113,2, sonstigen Bedarf um 0,1 v. H. auf 164,0. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung hat sich um 0,3 v. H. auf 136,4 erhöht.

Erwerbslosen-Demonstrationen in Berlin

Berlin, 30. November. Heute vormittag kam es vor mehreren Wohlfahrtsämtern Berlins zu lebhaften Straßenunruhen, die jedesmal ein energisches Einschreiten der Polizei zur Folge hatten. Vor dem Gebäude des Wohlfahrtsamtes Tiergarten sammelten sich etwa 500 Erwerbslose an, die auf ein Kommando immer wieder Hungerrufe ausstießen. Ein Ueberfallkommando räumte die Straße.

Zur selben Zeit kam es zu kleineren Krawallen in der Gegend des Nettelbeckplatzes im Norden Berlins. Es sammelten sich zahlreiche größere und kleinere Trupps Arbeitsloser und Kommunisten und riefen: „Gebt Brot" und „Nieder mit dem Verbot der Roten Fahne". Die Polizei räumte dann die Straße. Festnahmen wurden nicht vorgenommen.

Auch in Brandenburg a. H. kam es auf dem Wohlfahrtsamt bei der Herausgabe von Kleidungsstücken an Unterstützungsbedürftige zu größeren Ansammlungen und später zu Ruhestörungen. Es wurde später festgestellt, daß von einer Zentralstelle aus die Parole ausgegeben worden war, das Wohlfahrtsamt geschlossen aufzusuchen. Der Ansturm wurde so stark, daß das Wohlfahrtsamt polizeilich geschlossen werden mußte.

Hungermarsch auf Schwelm verhindert

Schwelm, 30. Nov. Der Schwelmer Bürgermeister erhielt am Dienstag von mehreren Gemeindevertretungen des Ennepe-Ruhr-Kreises die Mitteilung, daß Erwerbslose durch Plakatanschläge und Handzettel zu einem Hungermarsch nach Schwelm aufgefordert werden, um im Kreishause gegen eine Herabsetzung der Unterstützungssätze zu demonstrieren. Zur Ausführung dieses Planes ist es jedoch nicht gekommen, da die Demonstranten schon in ihren Gemeinden von der Polizei am Abmarsch gehindert wurden. Immerhin durchzogen heute mehrere Trupps in Stärke von etwa 200 Mann die Stadt Schwelm und versuchten, sich zu einem Demonstrationszug zu vereinigen. Die Polizei säuberte die Straßen mit dem Gummiknüppel. Insgesamt wurden vier Sistierungen vorgenommen. Drei der Festgenommenen wurden jedoch wieder freigelassen. Die Demonstranten haben vier Fensterscheiben zertrümmert.

Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens des Frontkriegerbundes

München, 30. Nov. Der Frontkriegerbund, der Unterschriften für ein Volksbegehren zur Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht auf der Grundlage einer allgemeinen Wehrpflicht sammelt, gibt bekannt, daß es ihm gelungen sei, statt der benötigten 5000 Unterschriften 20 000 von den Gemeindebehörden bestätigte Unterschriften für seinen Antrag aufzubringen. Der Antrag sei dem Reichsminister des Innern zugeleitet worden.

Rücksichtsloses Spiel mit Erwerbslosen

Gefälschte Kartoffelanweisungen im Bezirk Wedding

Berlin, 30. Nov. Im Laufe des heutigen Tages wurden im Bezirk Wedding, besonders in der näheren Umgebung der Arbeitsämter, eine Anzahl gefälschter Anweisungen auf Freikartoffeln für Erwerbslose verteilt. Offensichtlich wollen die Urheber dieser gefälschten Anweisungen größere Teile der Erwerbslosen des Bezirks Wedding auf einen Ort konzentrieren, um dann durch die begreifliche Erregung unter den Arbeitslosen über die Nichtverabfolgung der angeblich versprochenen Kartoffeln Unruhe in die Massen hineinzutragen. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Hersteller und Verteiler dieser gefälschten Anweisungen festzustellen.